Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 20 mm breit M. 75.–, für auswärts M. 100.–, für das Ausland M. 300.–. Inlandszeile 62 mm breit M. 300.–, für auswärts M. 400.–, für das Ausland M. 600.–. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen M. 20.–. Preisermäßigung lt. Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann keine Gewähr übernommen werden.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch den Boten monatlich M. 520.–. Postbezug laut Eintragung in den Postlisten. Bezugspreis für die Tschecho-Slowakei monatlich 5 Kr. 15.–. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 200.–, Kreuzbandsendungen nach dem Auslande wöchentlich M. 500.–. Einzelnummer M. 30.–

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 27980, 27981, 27982 und 27983. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 297 — Mittwoch, 20. Dezember 1922 — XXX. Jahrg.

Harding warnt

„Aus der neuen Welt kommt kein Wunder" — Noch langwierige und komplizierte Verhandlungen notwendig

Ein Schreiben Hardings an die Regierungen Europas

Washington, 19. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Es wird in offiziellen Kreisen betont, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich genötigt sehe, Europa darauf hinzuweisen, daß Amerika den Hoffnungen, die jetzt in allen europäischen Blättern gemacht werden, wohl nicht werde entsprechen können. Diese Mitteilung wurde von seiten des Präsidenten Harding an alle europäischen Kanzleien gesandt. Man soll, heißt es in amtlichen Kreisen, nicht an ein Wunderglauben, daß für die alten Welt von der neuen Welt käme. Präsident Harding ist sehr ungehalten darüber, daß in Europa allerhand vage Gerüchte verbreitet sind über eine finanzielle und wirtschaftliche Intervention Amerikas in Europa. Der Präsident kennt noch gar nicht die Stimmung des Senats, der zum großen Teil jeder europäischen Intervention abgeneigt ist. Der Optimismus, der in den letzten Tagen in Europa an die amerikanische Aktion geknüpft wurde, sei durchaus nicht in der geschehenen Weise berechtigt. Es seien noch außerordentlich komplizierte und schwierige Fragen zwischen den Alliierten zu klären, ehe eine ernstliche Lösung überhaupt ins Auge gefaßt werden kann.

•

Wiedfeldts Besuch bei Morgan

New-York, 19. Dezember. Die Morgangesellschaft veröffentlicht folgende Erklärung: Der deutsche Botschafter Wiedfeldt besuchte am Sonnabend Morgan, um sich zu erkundigen, ob es möglich sei, zu versuchen, zur Flottmachung der sogenannten großen internationalen Anleihe für Deutschland beizutragen. In seiner Antwort wies Morgan auf die Sitzung des Bankierausschusses im letzten Juni hin und sagte: Unsre Lage sei genau dieselbe wie damals. Er teilte dem Botschafter mit, daß, wenn wir auch sehr wünschten, der allgemeinen Lage zu dienen, nichtsdestoweniger die Verhältnisse offenbar derartig geworden seien, daß es für uns nicht möglich sei, eine Anleihe für Deutschland zu erbrieten oder in Erwägung zu ziehen, bevor nicht die Reparationsfrage geregelt sei.

•

Was Morgan sagt

New-York, 19. Dezember. (Eig. Drahtbericht) Die Unterredung des deutschen Botschafters Wiedfeldt mit Morgan wird jetzt bestätigt. Man fügt allerdings hinzu, daß die Unterredung streng vertraulichen Charakter trage, daß es aber immerhin vorerst nicht von der Hand zu weisen sei, daß die Unterredung zwischen Morgan und dem deutschen Botschafter unter bestimmten Voraussetzungen zu einer Anleihe für Deutschland führen könnte. Im übrigen verwies der Bankier immer wieder darauf, daß Harding davor warnt, allzu optimistische Hoffnungen an das ganze Anleiheprojekt zu knüpfen, das über die vorläufigen Erhebungen noch gar nicht herausgekommen sei. Vor allen Dingen, so wurde seitens des Bankiers erklärt, bestehen auch noch Zweifel über die von Deutschland zu fordernden Garantien.

Der Glaube an den Weihnachtsmann

Die Nachrichten über ein unmittelbar bevorstehendes Eingreifen Amerikas in die europäischen Verhältnisse hatten einen außergewöhnlich raschen Sturz des Dollars an den europäischen Börsen zur Folge. Der Dollar ging zu verschiedenen Stunden der letzten zwei Tage im Freiverkehr bis auf 5000 herunter. Bereits gestern abend erreichte er aber wieder 6500 und ist heute morgen bei 7700 angelangt.

Der Fall des Dollars hatte rein politische Ursachen und gründete sich ausschließlich auf die höhere Bewertung der Mark an der New-Yorker Börse, die eine Folgeerscheinung der von Washington kommenden Nachrichten war. Die Mark ist, wie alle schlechten Valuten, in besonderem Maße der Spekulation ausgesetzt, so daß jede halbwegs günstig, aber auch jede halbwegs ungünstig erscheinende Nachricht, mag sie nun wahr sein oder nicht, irgendwelchen Einfluß haben kann. Aus diesem Grunde sind auch alle Unterhaltungen darüber, welchen Einfluß das gestrige Steigen der Mark auf die Preisgestaltung und die deutsche Wirtschaft haben könnte, müßig. Soweit sind wir noch nicht. Wir stehen noch ganz im Stadium gefährlicher politischer Spekulationen.

Wie der Sturz des Dollars vom Sonnabend bis Montag das Zeichen eines übertriebenen Optimismus war, so ist das rasche Ansteigen seit Montag vormittag teilweise wieder ein Zeichen eines ebenso übertriebenen Pessimismus. Es hat sich seit gestern vormittag für den, der die politische Gesamtsituation auf Grund des Tatsachenmaterials kritisch überblickt, eigentlich nichts geändert. Die heutigen Depeschen aus Washington bestätigen unsre gestrige These, daß jedes amerikanische Eingreifen in europäische Verhältnisse, vor allen Dingen oder eine amerikanische Anleihe, an bestimmte von Europa zu erfüllende Voraussetzungen gebunden sei. Das gilt heute ebenso gut wie gestern und morgen. Natürlich wird von gewissen Kreisen im In- und Auslande versucht, die amerikanischen Pläne entweder als aussichtslos oder sogar als überhaupt nicht existierend hinzustellen. Man tut also gut, allen Nachrichten, die in den nächsten Tagen über die amerikanische Aktion bekannt werden, mit äußerster Skepsis gegenüberzutreten.

Unter keinen Umständen aber darf man auf ein baldiges Einwirken der noch ganz nebelhaften amerikanischen Pläne auf die europäischen oder deutschen Wirtschaftsverhältnisse rechnen. Ein sehr deutlich gehaltenes Schreiben Hardings an die europäischen Kanzleien, das wir heute veröffentlichen, warnt vor diesen übertriebenen, ja, da sie durch die Tatsachen keineswegs gerechtfertigt sind, leichtsinnigen Hoffnungen. Harding, Hughes, Morgan, alle sind sie sich einig über eines:

Europa muß erst Garantien geben, dann wird Amerika sehen, was es tun kann

Aus dem ganzen Wust von Nachrichten und Gerüchten der letzten Tage schält sich ein fester Kern heraus: Amerika hat klar gesagt, daß es bereit ist, irgend etwas für Europa zu tun, und seine bisherige Politik der Isolierung aufzugeben, wenn Europa bestimmte Bedingungen erfüllt. Wie diese Bedingungen sind, haben wir gestern ausführlich dargelegt.

Die heute veröffentlichte ausführliche Meldung des „Daily Sketch" über die amerikanischen Pläne muß man zwar nach dem Obengesagten mit allergrößter Vorsicht aufnehmen, sie kann aber wenigstens ein Bild davon geben, wie weit noch der Weg bis zur konkreten und praktischen Ausführung der jetzigen amerikanischen Anregungen und Pläne ist. Europa darf, wie es Harding ausspricht, kein Wunder von der neuen Welt erwarten. Amerika wird nicht wie der Weihnachtsengel zu den Völkern Europas kommen und ihnen zur Christbescherung die Smierung unter den Lichterbaum legen. Das kann Amerika nicht, das kann keine Macht im Himmel und auf Erden. Amerika kann uns höchstens Ratschläge geben für den Weg, den wir einschlagen müssen, um nach vielen Mühseligkeiten einmal den Punkt zu erreichen, an dem die Vereinigten Staaten uns die Hand geben können, um dann mit uns zu gehen. Nach dem „Daily Sketch" soll die amerikanische Regierung zunächst zweierlei Abkommen politisch-militärischer Natur im Auge haben. Das eine dieser Abkommen soll zwischen der Entente, das zweite zwischen allen Völkern der Erde geschlossen werden. Diese beiden Abkommen sollen in ihrer Art den jetzigen Völkerbund und auch den Friedensvertrag von Versailles ersetzen und sollen sozusagen eine Ausdehnung des Abrüstungsabkommens von Washington auf die ganze Erde sein. Ist es gelungen, diese beiden Abkommen zu unterzeichnen — und jeder weiß, welch ungeheure Schwierigkeiten dem noch entgegenstehen —, dann erst wird die amerikanische Regierung ihre führenden Finanzleute zu einer Kreditaktion für Europa ermächtigen. Diese Kreditaktion soll wieder in zwei Teile zerfallen. Sie soll erstens einen auswärtigen Kredit umfassen von 1½ Millionen Dollar, dessen Erträgnisse auf England, Frankreich, Italien und Deutschland verteilt werden sollen. Deutschland soll diesen Kredit mit einer ersten Hypothek auf seine sämtlichen Hilfsquellen garantieren. Dies würde natürlich eine Revision des Friedensvertrages, die diese erste Hypothek bereits für die Reparationen in Anspruch nimmt, bedeuten. Für diesen Verzicht würde Amerika angeblich den Alliierten die Zahlung der Reparationen garantieren. Das heißt nicht der Reparationen in der jetzigen phantastischen Höhe, sondern einer in den obenerwähnten politisch-militärischen Abkommen festgestellten ermäßigten Reparationssumme. Zu diesem auswärtigen Kredit für Deutschland soll noch eine Privatanleihe von etwa 750 Millionen Dollar zur Stabilisierung der Mark treten, die garantiert werden soll durch industrielle und städtische Hypotheken. Die Einzelheiten des von „Daily Sketch" mitgeteilten Planes mögen nicht richtig oder nur halb richtig sein, jedenfalls deuten die Mitteilungen des englischen Blattes die Mittel und Methoden an, mit denen man in einsichtigen Kreisen Washingtons eine langsame Sanierung Europas und insbesondere Deutschlands zu erreichen gedenkt.

Aber immer wieder: „is a long way to Tipperary" — Der Weg ist lang und mühevoll. Selbst wenn es gelingen sollte, in absehbarer Zeit die Widerstände in Paris und Europa zu überwinden, so bleibt immer noch der amerikanische Kongreß für eine Aufgabe der bisherigen Isolierungspolitik zu gewinnen. Und vielleicht ist das die schwerste Aufgabe von beiden.

Th. Sch.

Die angeblichen Sanierungspläne Amerikas

Poincarés Ansicht über die Aktion Washingtons

London, 19. Dezember.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Sketch" will aus maßgebender Quelle erfahren haben, Harding werde durch die amerikanischen Botschafter nächstens

zwei interalliierte Abkommen

vorschlagen. Für das eine werde er die Unterschrift federalisierten Macht, für das andre die Unterschrift jeder Nation fordern, und zwar, sowohl der Alliierten, wie auch der Zentralmächte. Diese neuen Uebereinkommen würden in ihrer Wirkung einen großen Teil des Versailler Vertrages zum Zwecke der Sicherung des Weltfriedens und des Wiederaufbaues der hauptsächlich in Betracht kommenden Nationen ersetzen. Es sei zu erhoffen, daß die Industrien in England wieder in Gang kämen, Frankreich beruhigt werde und die Sicherheiten erhalte, die es dringend benötige, und Deutschland wieder einer der kaufkräftigsten Märkte der Welt werde. Nach der Unterzeichnung des Abkommens würden drei Gruppen amerikanischer Bankiers einen

auswärtigen Kredit für Deutschland

unterschreiben, der unter England, Frankreich, Belgien und Deutschland verteilt werden soll. Der Kredit werde nicht unter 1½ Milliarde Dollar betragen. Vermöge dieses Kredits werde Deutschland dann in den Stand gesetzt sein, Lebensmittel oder andre Rohstoffe in jedem Lande zu kaufen. Die amerikanische Regierung werde diesen Bankierkredit garantieren und dafür die

erste Hypothek auf die gesamten Hilfsquellen Europas

fordern. Diese Hypothek werde sämtliche Zölle, die Ein- und Ausfuhrabgaben und die deutsche Einkommensteuer umfassen und werde alle andern deutschen Verpflichtungen einschließlich der Reparationen ersetzen. Da der gesamte Vorschlag gegründet sein werde auf die praktische Herabsetzung der Reparationen und eine gründliche und endgültige Uebereinkunft auf seiten der Alliierten, so werde Amerika durch eine Methode, die noch nicht entschieden sei, jedoch von Elihu Root untersucht werde, die schnelle Zahlung jeder vereinbarten Reparationsforderung durch Deutschland garantieren. Außer diesem Kredit, der in Deutschland, England, Frankreich, Belgien und Amerika unterbebracht und durch die amerikanische Regierung garantiert werden soll, würde die Bankiergruppe

eine beträchtliche Privatanleihe an die deutsche Regierung

geben, die dem Vernehmen nach etwa 750 Millionen Dollar betragen werde und als Sicherheit in der üblichen Weise industrielle und städtische Hypotheken nehmen. Die Vertreter der Bankiers, die an Ort und Stelle die deutsche Wirtschaftslage seit über einem Jahre untersuchten, würden darlegen, daß Deutschland augenblicklich nicht mehr als 200 Millionen Dollar zahlen könne. Sie seien jedoch der Ansicht, daß dieser Betrag sofort gezahlt werden könne (?) und daß in zwei Jahren der Betrag auf 400 Millionen Dollar erhöht werden könne. Allmählich müßten mit der größeren Zahlungsfähigkeit Deutschlands die jährlichen Zahlungen vergrößert werden. Die Jahreszahlungen würden Deutschland nach Ansicht der amerikanischen Bankiers und der amerikanischen Regierung in den Stand setzen, den vorgeschlagenen Kredit in Jahreszahlungen von 120 Millionen Dollar zurückzuzahlen, was unter Berechnung der Zinsen die

Rückzahlung des Kredits innerhalb zehn Jahren

ermöglichen würde. Die Privatanleihe durch die amerikanischen Bankiers an Deutschland würde auf 25 Jahre erfolgen mit fünfjährigen teilweisen Amortisationen. Die amerikanische Regierung werde auch verlangen, daß Frankreich seine Absichten auf das Ruhrgebiet oder einen andern Schritt gegen Deutschland aufgebe, der geeignet sei, das industrielle Gleichgewicht zu stören. Garantien in dieser Richtung würden verlangt werden. Die türkische Frage müsse endgültig zwischen England, Frankreich und der Türkei geregelt werden. Nirgends in den amerikanischen Vorschlägen würden

die interalliierten Schulden

besonders die englischen Schulden, an die Vereinigten Staaten erwähnt. Diese Schulden müßten nach Ansicht der amerikanischen Regierung und der Bankiers außerhalb der Verhandlungen bleiben. Es werde jedoch erklärt, allerdings nicht von maßgebender Seite, wenn der amerikanische Vorschlag angenommen und befriedigend durchgeführt werde, so würde die Haltung Amerikas in der gesamten Frage der interalliierten Schulden sich ändern.

•

Poincaré und die amerikanischen Pläne

Paris, 19. Dezember. (Eig. Drahtbericht) Bei dem gestrigen abendlichen Pressempfang der amerikanischen Journalisten machte Poincaré wichtige Mitteilungen über die amerikanischen Pläne und seine Stellungnahme dazu, die sich folgendermaßen beschreiben läßt: Frankreich ist entschieden gegen jeden Plan, der eine Räumung des Rheinlandes in naher Zukunft ins Auge faßt, und wünscht keineswegs irgendeine Aenderung in den Bestimmungen des Friedensvertrages, der die Besetzung des Rheinlandes von fünf bis fünfzehn Jahren vorsieht. Den Pressemitteilungen aus Washington steht Poincaré sehr skeptisch gegenüber. Alle diese Gerüchte scheinen ihm von Deutschland über New-York nach Frankreich zu kommen. Der französische Botschafter in Washington und der hiesige amerikanische Botschafter hätten ihm wiederholt erklärt, keinerlei Kenntnis von all diesen Gerüchten zu haben. Zum Schluß betonte Poincaré dann noch einmal, daß er und seine Regierung gegen jeden neuen Reparationsplan seien, der den Wünschen Frankreichs nicht völlig entspreche.

Bemerkenswerte amerikanische Stimme zur Lage in Deutschland

Die Mehrheit der Bevölkerung unterernährt — Deutschland am Ende seiner Kraft

London, 18. Dezember. In einer Unterredung mit dem Vertreter der „Sunday Times" erklärte eine augenblicklich in London befindliche sehr hohe amerikanische Persönlichkeit, die Lage in Deutschland verschlimmere sich immer mehr. Abgesehen von einer sehr kleinen Minderheit sei die große Mehrheit des deutschen Volkes unterernährt und in einem Maße verzweifelt, das in der Geschichte ohne Beispiel dastehe. Der deutsche Mittelstand sei im Zusammenbruche begriffen. Die ganze deutsche Nation verliere allmählich an Energie. Deutschland als Nation sei dem Untergange geweiht, wenn nicht unverzüglich Hilfe von außen komme. Die Regierung Cuno sei ein Kabinett, das sich aus Geschäftsleuten zusammensetze, und sei eifrig bestrebt, zu einer Vereinbarung mit Frankreich zu gelangen. Der Amerikaner erklärte schließlich, es könne keine internationale Anleihe gegeben werden, wenn Frankreich bei dem Wunsche beharre, das Ruhrgebiet zu besetzen. Die Reparationen müßten herabgesetzt werden, und wenn die Mark stabilisiert sei, würde Deutschland in der Lage sein, zu zahlen.

Das freie Irland

Die letzten britischen Truppen verlassen das Land

Dublin, 18. Dezember. Hier kam es beim Abzug der letzten britischen Truppen zu begeisterten Kundgebungen. Eine dichte Menschenmenge bildete in den Straßen, durch welche die Soldaten nach den Einschiffungsplätzen zogen, Spalier und begrüßte sie durch Zurufe. Der irische Oberbefehlshaber Mulcahy war bei der Uebergabe des militärischen Hauptquartiers zugegen, auf dem nach dem Abzuge der Engländer die irische Trikolore gehißt wurde.

Das Kind muß einen Namen haben . . .

Budapest, 18. Dezember. Am Sonntag konstituierte sich in Budapest das ungarische Faszistenlager unter dem Namen „Hungaristen".

Der englische Kriegsminister in Paris

Auch Lord Derby warnt Frankreich

Paris, 19. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der englische Kriegsminister Lord Derby ist gestern nachmittag nach dem ihm zu Ehren von Herrn Poincaré veranstalteten Frühstück vom Präsidenten der Republik, Herrn Millerand, empfangen worden. In seinen Unterredungen mit dem Ministerpräsidenten und mit Herrn Millerand hat Lord Derby auf die überaus starke Gegnerschaft hingewiesen, die in der englischen öffentlichen Meinung gegen den Plan einer Besetzung des Ruhrgebietes bestehe. Jedenfalls würde England eine derartige Maßnahme nicht begreifen können. Lord Derby, der in Paris als ein überzeugter Freund Frankreichs und Parteigänger der französisch-englischen Entente bekannt ist, hat sich damit zum Wortführer der bereits von Bonar Law ausgesprochenen Einwände gemacht. Gestern früh ist Lord Derby nach London zurückgereist.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19221220/1